

Standpunkte

Mit gutem Beispiel voran

Zur Wahl des neuen IWF-Chefs / Von Colin Bradford und Johannes Linn

Rodrigo de Rato hat die Finanzwelt mit seinem vorzeitigen Rücktritt als Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) überrascht. Die Ankündigung Ratos so kurz nach dem dramatischen Rücktritt von Weltbankpräsident Paul Wolfowitz erinnert abermals daran, dass bei IWF und Weltbank große Reformaufgaben zu bewältigen sind. Dazu gehört auch, das überalterte Wahlverfahren für den geschäftsführenden Direktor des IWF neu zu gestalten. Bei der Auswahl des Wolfowitz-Nachfolgers ist leider versäumt worden, das Wahlverfahren zu öffnen. Um eine langwierige Führungskrise zu vermeiden, wurde den Vereinigten Staaten abermals das Recht zugesprochen, allein den Kandidaten zu nominieren.

Jetzt ist es an Europa zu entscheiden, ob es genau wie die Vereinigten Staaten auf dem traditionellen Anrecht beharren will, den IWF-Chefposten erneut "europäisch" zu besetzen. Der Beschluss der EU-Finanzminister am Dienstag in Brüssel, Dominique Strauss-Kahn zu nominieren, macht uns Sorgen, ist aber noch nicht das Ende des Entscheidungsprozesses. Wir sind der Ansicht, Europa sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Kandidatensuche internationalisieren.

Für ein derartiges Vorgehen wird es mit Sicherheit Druck von vielerlei Seiten geben. So wird die derzeitige Führungstroika der G-20-Finanzminister - Australien, Brasilien und Südafrika - die Europäer nachdrücklich daran erinnern, dass sich die G 20 vor kurzem für ein Auswahlverfahren ausgesprochen hat, welches den weltweit besten Kandidaten für die Führungsposition bei IWF und Weltbank berücksichtigen sollte. Im Falle des Weltbankpräsidenten hat die Troika diese Forderung noch einmal - allerdings ohne Erfolg - bestätigt. Viele Entwicklungsländer werden sich dieser Meinung auch anschließen, es sei denn, Europa und die Vereinigten Staaten drohen mit Kürzung ihrer Entwicklungshilfe. Druck werden außerdem die europäischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf die europäischen Regierungen ausüben. Sie werden versuchen, die Öffentlichkeit für ihre Forderung zu mobilisieren, die Führungsstruktur der internationalen Finanzorganisationen endlich der stark veränderten internationalen Wirtschaftslage und Machtverhältnisse anzupassen. Und selbst die britische Regierung hat sich nach dem Brüsseler Entschluss der Finanzminister zu einem offenen Wahlsystem bekannt.

Für die Neuordnung und Öffnung des Auswahlverfahrens für die Führungsposition bei Weltbank und IWF gibt es gute Gründe. Zur Stärkung der Legitimität der beiden internationalen Finanzinstitute ist diese Änderung auch deshalb imperativ, weil in beiden Institutionen die derzeitige Führungsstruktur den sich rapide verschiebenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen in der Welt nicht mehr Rechnung trägt. Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika und Russland sind inzwischen zu wichtigen globalen Spielern herangewachsen. Folglich gibt es heute keinen überzeugenden Grund mehr, dass Amerikaner und Europäer die Führungspositionen in den internationalen Finanzinstituten allein bestimmen.

Solange die Vereinigten Staaten und Europa die Chefposten im Alleingang besetzen, wird sich die internationale Staatengemeinschaft von IWF und Weltbank nur unzureichend repräsentiert fühlen. Ein offenes Auswahlverfahren würde dagegen überall das Vertrauen stärken, dass die gewählte Person - selbst wenn es sich dabei um einen Amerikaner oder Europäer handeln sollte - sich der internationalen Gemeinschaft verpflichtet fühlt und für deren gemeinsame Interessen eintritt. Auf Dauer werden der IWF und die Weltbank nur dann als legitime, relevante und glaubwürdige Institutionen überleben können, wenn an ihrer Spitze die Person steht, die sich in einem transparenten, internationalen Auswahlverfahren als bester Kandidat durchgesetzt hat.

Während der Wolfowitz-Krise haben wir verschiedentlich darauf hingewiesen, dass es in der Grundsatzdebatte nicht um die Person, den Irak-Krieg oder die amerikanische Innen- und Außenpolitik geht, sondern allein um die Handlungsfähigkeit der Weltbank, die Qualität ihres Managements und die Legitimität ihrer Führung. Bei der Weltbank wurde die Chance zur Veränderung zwar verpasst; jetzt sollten aber die Europäer die Gelegenheit beim Schopf fassen und - weitsichtig und zukunftsweisend - auf das alleinige Nominierungsrecht verzichten. Europa sollte deshalb alle anderen Länder auffordern, ihrerseits qualifizierte Kandidaten zu nominieren und dann einen offenen, ehrlichen Wettbewerb zwischen dem europäischen und den nichteuropäischen Kandidaten unterstützen, so wie es auch die Briten empfohlen haben.

Würde sich Europa durch ein solch transparentes Verfahren schaden? Nein, denn schon in der

Vergangenheit konnten sich weder die Vereinigten Staaten noch die Europäer darauf verlassen, dass "ihr Mann" bei Weltbank und IWF konsequent nur ihre Interessen verfolgte. Zudem haben Europa und die Vereinigten Staaten während der vergangenen Jahre nicht immer eine glückliche Hand bei der Auswahl ihrer Kandidaten gezeigt. Auch deshalb sollten sich Europäer und Amerikaner die Frage stellen, ob das Prestige des Nominierungsrechtes sich wirklich auszahlt oder ob ihnen mit einer wirklich glaubwürdigen Führung der internationalen Institutionen nicht besser gedient wäre.

Vor diesem Hintergrund bietet sich für Deutschland und seine Regierung eine außergewöhnliche Chance, an die zahlreichen internationalen Erfolge dieses Jahres anzuknüpfen. Nach dem von Deutschland erfolgreich betriebenen Rücktritt von Paul Wolfowitz, nach dem weithin gepriesenen G-8-Gipfel in Heiligendamm und nach der erfolgreichen EU-Präsidentschaft sollte sich die Bundesregierung jetzt energisch dafür einsetzen, den besten Kandidaten für die Nachfolge von Rodrigo de Rato in einem transparenten und weltweit offenen Verfahren auszuwählen.

Bildunterschrift:

Colin Bradford ist Senior Fellow bei der Brookings Institution in Washington und am kanadischen Centre for International Governance Innovation.

Foto Archiv.

Johannes Linn ist Executive Director des Wolfensohn Center for Development und Senior Fellow bei Brookings.

Foto Archiv

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.

Autor/en: Bradford, Colin; Linn, Johannes

Themen: Geld und Finanzmärkte, Organisation, Außenpolitik

Serie: Standpunkte

Personen:
Linn, Johannes

Artikeltyp:
Zitate